

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrats von Zürich

vom 4. März 2020

169.

Schriftliche Anfrage von Stephan Iten und Derek Richter betreffend Verkehrseinschränkungen und Parkplatzabbau für Gewerbebetriebe, Haltung des Stadtrats zu den Problemen des Gewerbes als Folge seiner rigorosen Parkplatz- und Verkehrspolitik

Am 4. Dezember 2019 reichten Gemeinderat Stephan Iten und Gemeinderat Derek Richter (beide SVP) folgende Schriftliche Anfrage, GR Nr. 2019/541, ein:

Am 19. September 2018 wurde das Postulat 2017/317 der SVP mit 107 gegen 9 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen. In diesem forderte die SVP, dass Gewerbebetriebe bei einschränkenden Bauprojekten unterstützt werden sollen. Der Vorstoss entstand, nachdem unter anderem auch die Bäckerei Fischer in Seebach wegen einer Grossbaustelle den Betrieb einstellen musste. Bis heute hat man offensichtlich keine Lehren aus diesen unschönen Vorkommnissen gezogen und nun wird ein weiteres traditionelles Familienunternehmen aus denselben Gründen sein Geschäft per Ende Jahr schliessen müssen. Diesmal trifft es die Bäckerei Ritschard in Altstetten. Dies im Wesentlichen aufgrund der zweiten Etappe des Baus der Limmattalbahn.

Beiden Fällen liegt zugrunde, dass im Wesentlichen baubedingte Verkehrseinschränkungen das Aus für diese Geschäfte bedeuten.

In der Innenstadt kämpfen die Gewerbebetriebe mit zusätzlichen Problemen. Dem «Chäs Vreneli» blieben die Kunden nach dem langen Umbau und dem Wegfall der Parkplätze auf dem Münsterhof fern. Auch der Boutique ESCADA fehlen diese Parkplätze, welche bis heute nicht gleichwertig kompensiert wurden. Auch die häufigen, zum Teil illegale, Kundengebungen und/oder Demonstrationen in diesem Umfeld halten die Kunden von diesem und weiteren Geschäften fern.

Das lokale Gewerbe der Stadt Zürich leidet sehr darunter, wenn im nahen Umfeld Parkplätze aufgehoben werden, Verkehrsverbindungen willkürlich gekappt und/oder die Zufahrt zu ihren Geschäften nicht mehr gewährleistet wird.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wieso wird/wurde das Postulat 2017/317 nicht umgesetzt, obwohl es mit klarem Mehr überwiesen wurde?
2. Wieso hält der Stadtrat an seiner rigorosen Parkplatzpolitik fest, obwohl durch Baustellen und willkürliche Verkehrsanordnungen nachweislich das Gewerbe die Kundschaft verliert und somit dem Untergang geweiht ist?
3. Ist dem Stadtrat der rigorose ideologische Parkplatzabbau wichtiger als das steuerzahlende Gewerbe mit seinen Arbeits- und Ausbildungsplätzen?
4. Wieso legt der Stadtrat dem Gewerbe mit den neuen und meist ideologisch bedingten Verkehrsregimes ständig einen Stein in den Weg?
5. Wie stellt sich der Stadtrat zum Gewerbe, welches Garant für steuerliche Einnahmen ist?
6. Wie viele Schliessungen von Gewerbebetrieben sind nach Meinung des Stadtrats noch nötig, bis beim Stadtrat und seiner Verwaltung ein Umdenken in der Verkehrspolitik stattfindet?

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen

Eine intakte Infrastruktur, wozu nicht nur die Strassen an sich, sondern ebenso die immer zahlreicheren leitungsgebundenen Angebote im Untergrund gehören, ist ein wichtiger Standort- und somit Wirtschaftsfaktor. Der laufende Unterhalt dieser Infrastruktur wie auch deren periodische Erneuerung sind unabdingbar und dürften im Grundsatz auch nicht umstritten sein. Es ist dem Stadtrat bewusst, dass die dazu notwendigen Strassenbaustellen für die Anliegerinnen und Anlieger immer wieder zu Behinderungen, Belästigungen, Erreichbarkeitsproblemen und im gewerblichen Bereich zu Umsatzeinbussen führen können. Deshalb sind die involvierten Ämter bestrebt, die Bauzeiten wie auch die Einschränkungen der Erreichbarkeit möglichst gering zu halten. Alle Unannehmlichkeiten und Einbussen lassen sich jedoch nicht vermeiden.

Wie andere Wirtschaftszweige unterliegt auch das Gewerbe einem steten Wandel. Müssen einzelne Betriebe schliessen, greifen monokausale Begründungen dafür meist zu kurz.

Eine geringere Anzahl an öffentlichen Parkplätzen in der Umgebung kann eine negative Umsatzentwicklung verstärken. Wird jedoch der freigespielte Strassenraum umgestaltet und aufgewertet, erhöhen sich oft die Passantenfrequenzen und die Negativentwicklung kann gestoppt werden. Im besten Fall entwickeln sich die Passantenfrequenzen positiv. Gerade in der Innenstadt zeigen die Beispiele Rennweg (Abbau der Parkplätze, Umgestaltung zu einer Fussgängerzone) und Limmatquai (Sperrung für den Durchgangsverkehr, Beruhigung und Umgestaltung), dass der Abbau von Parkplätzen sowie die Reduktion und Beruhigung des Autoverkehrs positive Auswirkungen auf Passantenfrequenzen und Geschäftsgang haben können. Mit solchen Veränderungen geht teilweise auch eine Anpassung der Geschäfts- und Gewerbestruktur einher.

Der Münsterhof ist mit der Umgestaltung deutlich attraktiver für den Aufenthalt geworden, weitere Massnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität befinden sich in Prüfung. Zudem tragen regelmässige Kulturveranstaltungen zur Belebung des Münsterhofs bei. Speziell erwähnenswert ist die Kunstinstitution «Insel in der Stadt» von Heinrich Gartentor im Spätsommer 2019, die zu deutlich mehr und längeren Aufenthalten auf dem Münsterhof geführt hat.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen können die Fragen wie folgt beantwortet werden:

Zu Frage 1 («Wieso wird/wurde das Postulat 2017/317 nicht umgesetzt, obwohl es mit klarem Mehr überwiesen wurde?»):

Das Postulat wurde dem Stadtrat am 19. September 2018 zur Prüfung überwiesen. Bei Postulaten hat der Stadtrat innert zweier Jahre nach Überweisung das Ergebnis seiner Prüfung vorzulegen. Somit wird das Postulat, GR Nr. 2017/317, erstmals mit dem Geschäftsbericht 2020 behandelt.

Zu den Fragen 2, 3 und 4 («Wieso hält der Stadtrat an seiner rigorosen Parkplatzpolitik fest, obwohl durch Baustellen und willkürliche Verkehrsanordnungen nachweislich das Gewerbe die Kundschaft verliert und somit dem Untergang geweiht ist?»; «Ist dem Stadtrat der rigorose ideologische Parkplatzabbau wichtiger als das steuerzahlende Gewerbe mit seinen Arbeits- und Ausbildungsplätzen?»; «Wieso legt der Stadtrat dem Gewerbe mit den neuen und meist ideologisch bedingten Verkehrsregimes ständig einen Stein in den Weg?»):

Eine attraktive Innenstadt, funktionierende Quartierzentren sowie damit verknüpft ein vitales Gewerbe sind dem Stadtrat ein sehr grosses Anliegen. Zu ihrem Gedeihen tragen zweifellos Fussgängerbereiche mit hoher Aufenthaltsqualität, genügend Bäume und Grünflächen, eine gute öV-Erschliessung, bedarfsgerechte Veloangebote sowie ein angemessenes Parkplatzangebot bei. Die Aufwertung von Stadträumen zieht weitere Besucherinnen und Besucher und damit potenzielle Kundschaft an. Erhebungen zum Einkaufsverkehr zeigen, dass der Grossteil der Kundschaft sowohl in der Innenstadt wie auch in den Quartierzentren zu Fuss, per Velo und mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu den Geschäften gelangt. Knotenpunkte des öffentlichen Verkehrs gehören zu den attraktivsten Geschäftslagen. Ein attraktiver öffentlicher Verkehr, verknüpft mit für den Fussverkehr gestalteten Aufenthaltsbereichen, stellt ein zentrales Standbein der Verkehrspolitik der Stadt dar. Gleichzeitig ist der vergleichsweise restriktive Umgang mit Parkplätzen ein zweites und wesentliches Element. Mit dieser Push-Pull-Strategie sollen einerseits die Mobilitätsbedürfnisse einer zunehmenden Wohn- und Arbeitsbevölkerung möglichst raumeffizient und umweltschonend abgewickelt werden. Andererseits lassen sich damit die beschränkten Kapazitäten des Strassennetzes vermehrt für den nötigen Gewerbeverkehr nutzen.

Baustellenbedingte und andere Verkehrsanordnungen werden keineswegs willkürlich angeordnet. Sie dienen der Verkehrssicherheit, einem funktionierenden Verkehrsablauf und gewährleisten bei Baustellen soweit als möglich die Erreichbarkeit der einzelnen Liegenschaften und Gewerbebetriebe.

Zu Frage 5 («Wie stellt sich der Stadtrat zum Gewerbe, welches Garant für steuerliche Einnahmen ist?»):

Ein vielfältiges, funktionierendes Gewerbe ist dem Stadtrat ein wichtiges Anliegen. Das Gewerbe trägt zur Versorgung der Wohnbevölkerung bei, bietet Arbeits- und Ausbildungsplätze an und ist unverzichtbarer Teil des vielfältigen Stadtlebens. Im Rahmen der Studie «Gewerbefreundliche Stadt Zürich» von 2010 ist aufgezeigt worden, dass die Probleme und Bedürfnisse des Gewerbes breit gefächert sind: Neben Erschliessungsfragen geht es wesentlich um hohe Mietpreise, eine hohe Regeldichte sowie um eine gewerbefreundlichere Handhabung der Vorschriften. Die Studie identifiziert verschiedene Massnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen gerade auch für kleinere Gewerbebetriebe. Sie beziehen sich auf Zonierung und baurechtliche Massnahmen, Bauland und Immobilien, Erschliessung und Parkierung sowie Abbau von Normen und Vereinfachung von Verfahren. Der Stadtrat beobachtet zudem die Entwicklung des gewerblich-industriellen Sektors im Rahmen des Strategieschwerpunkts «Werkplatz Zürich» sehr genau. Daraus sind 2017 in der Untersuchung «Quo vadis Werkplatz Zürich» Perspektiven zur Zukunft des gewerblich-industriellen Sektors entwickelt worden.

Zu Frage 6 («Wie viele Schliessungen von Gewerbebetrieben sind nach Meinung des Stadtrats noch nötig, bis beim Stadtrat und seiner Verwaltung ein Umdenken in der Verkehrspolitik stattfindet?»):

Wie oben ausgeführt ist der Stadtrat überzeugt, dass die aktuelle Verkehrspolitik für das Gewerbe mehr Vor- als Nachteile bringt, indem sie Kundinnen und Kunden des Gewerbes effizient und bequem zu den Gewerbebetrieben bringt, die in einladenden, wenig verkehrsbelasteten Stadträumen liegen.

Vor dem Stadtrat

die Stadtschreiberin

Dr. Claudia Cuche-Curti